

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXVII
Abkürzungsverzeichnis	LXV

Teil 1: Einführung	1
A. Warum ist Kinderschutz wichtig?	1
B. Begriffsbestimmungen	6
C. Der Stellenwert von Kindern in unserer Gesellschaft	10
D. Zusammenfassung	18

Teil 2: Der Erlass gesetzlicher Schutzmechanismen auf Bundes- und Landesebene	21
A. Die Familie als Garant und Gefahrenquelle für das Kindeswohl	21
B. Die Legislative – Bedrohung oder Schutz für die Familie und deren Mitglieder?	22
C. Die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene	26
D. Gesetzgebungskompetenzen	29
E. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht	35
F. Zusammenfassung	39

Teil 3: Gesetzliche Schutzmechanismen nach dem Grundgesetz ..	43
A. Funktion und rechtlicher Charakter der Grundrechte	43
B. Kinder als Grundrechtsträger	44
C. Für den Kinderschutz relevante Grundrechte	45
I. Die Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	45
II. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	47
III. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	56
IV. Elternrecht, Elternverantwortung und staatliches Wächteramt, Art. 6 Abs. 2 GG	62
D. Die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz	74
E. Zusammenfassung	87

Teil 4: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:	
Das Zivilrecht	93
A. Kinderschutz durch materielles Recht	94
I. Grundsätze zum Recht der elterlichen Sorge, § 1626 BGB	94
II. Die Unzulässigkeit entwürdigender Maßnahmen und das Recht auf gewaltfreie Erziehung, § 1631 Abs. 2 BGB	135
III. Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, § 1666 BGB	162
B. Die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls	226
I. Vorüberlegungen	226
II. Ergebnisse der Untersuchung	227
III. Fazit	244
C. Zusammenfassung	247
Teil 5: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:	
Das Verfahrensrecht	253
A. Rechtsstellung der Kinder nach dem FamFG	254
I. Beteiligtenstellung von Kindern, § 7 FamFG	254
II. Verfahrensfähigkeit von Kindern, § 9 FamFG	255
III. Antrags- und Beschwerderecht, §§ 59, 60 FamFG	256
IV. Vorzüge und Nachteile der Regelungen zur Rechtsstellung der Kinder nach dem FamFG	257
B. Verfahren in Kindschaftssachen, §§ 151 ff. FamFG	260
I. Vorrang- und Beschleunigungsgebot, § 155 FamFG	261
II. Persönliche Anhörung des Kindes, §§ 156, 159 FamFG	277
III. Erörterung der Kindeswohlgefährdung, § 157 FamFG	283
IV. Der Verfahrensbeistand, § 158 FamFG	293
V. Mitwirkung des Jugendamtes, § 162 FamFG	311
VI. Bekanntgabe der Entscheidung an das Kind, § 164 FamFG ...	327
C. Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	327
I. Ordnungsmittel, § 33 Abs. 3 FamFG	328
II. Vollstreckung verfahrensleitender Anordnungen, § 35 FamFG	328
III. Vollstreckung von Endentscheidungen, §§ 86 ff. FamFG	329
IV. Mitwirkungspflicht des Jugendamtes, § 88 Abs. 2 FamFG ...	332
D. Zusammenfassung	332
Teil 6: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:	
Das Sozialrecht	337
A. Allgemeines zum Sozialrecht	337
B. Die Konzeption des Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe	340

C.	Positive und negative Effekte aufgrund der Konzeption des SGB VIII.....	347
I.	Programmsätze	347
II.	Sozialpädagogischer Charakter des SGB VIII.....	349
III.	Bereitstellung von Angeboten als präventive Schutzvorkehrungen.....	352
IV.	Leistungsverwaltung	365
V.	Zusammenfassung.....	399
D.	Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung, § 8a SGB VIII.....	402
I.	Systematische Stellung	402
II.	Regelungsgegenstand	403
III.	Umsetzungsschwierigkeiten bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII.....	407
IV.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch die Einführung des § 8a SGB VIII	416
V.	Weiterentwicklung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII ..	425
VI.	Zusammenfassung.....	449
E.	Intervention durch Jugendhilfemaßnahmen, § 42 SGB VIII.....	452
I.	Begriffsbestimmung der Inobhutnahme	453
II.	Selbstmeldung des Minderjährigen	455
III.	Zuführung des Minderjährigen	457
IV.	Umsetzungsschwierigkeiten im Rahmen der Krisenintervention	459
V.	Das Verhältnis von Polizei und Jugendhilfe im Rahmen der Krisenintervention	475
VI.	Zusammenfassung.....	478
F.	Persönliche Eignung von Fachkräften, §§ 72, 72a SGB VIII.....	481
I.	Regelungsgegenstand	481
II.	Mit § 72a SGB VIII verbundene Umsetzungsschwierigkeiten ..	482
III.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch Einführung des § 72a SGB VIII	489
IV.	Weiterentwicklung der Voraussetzungen für die persönliche Eignung nach § 72a SGB VIII	490
V.	Zusammenfassung.....	496
G.	Letztentscheidungskompetenz der Judikative und Informationspflicht des Jugendamtes.....	498
I.	Unterstützung des Gerichts durch das Jugendamt, § 50 Abs. 1 S. 1 SGB VIII	499
II.	Mitwirkung des Jugendamtes im gerichtlichen Verfahren, § 50 Abs. 1 S. 2 SGB VIII	499
III.	Unterrichtungspflicht des Jugendamtes, § 50 Abs. 2 SGB VIII	501

IV.	Grundsätzliche Probleme bei der Mitwirkung des Jugendamtes	501
V.	Bedeutung der sozialpädagogischen Arbeit für den Entscheidungsfindungsprozess	503
VI.	Zusammenfassung	514
H.	Zusammenfassung	515
Teil 7: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Landesebene		
A.	Gesundheitswesen	522
I.	Hintergrund und Gesetzgebungskompetenz für Früherkennungsuntersuchungen	523
II.	Ziel des verbindlichen Einladungswezens zu Früherkennungsuntersuchungen	525
III.	Ablauf des verbindlichen Einladungswezens zu Früherkennungsuntersuchungen	525
IV.	Meldewesen	526
V.	Unterschiede und Besonderheiten in einzelnen Landesgesetzen	529
VI.	Auswirkungen der Regelungen im Bereich des Gesundheitswesens auf den Kinderschutz	535
VII.	Sondersituation in Hessen: Früherkennungsuntersuchungen auf behandelbare Stoffwechsel- und Hormonerkrankungen, § 1 Abs. 2 KiGesSchG HE	546
B.	Schulwesen	553
I.	Verfassungsrechtliche Grundlage, Art. 7 GG	553
II.	Kooperation mit der Jugendhilfe und Schutzauftrag nach den Schulgesetzen der Länder	553
III.	Auswirkungen der Neuregelungen im Bereich des Schulwesens auf den Kinderschutz	558
IV.	Vorgehen bei Nichteinhaltung der Schulpflicht	563
C.	Zusammenfassung	570
Teil 8: Schlussbetrachtungen		
A.	Entwicklung der Rechtslage im Hinblick auf die Effektivierung des Kinderschutzes	574
B.	Ausblick: Notwendigkeit und Vorschläge zur Weiterentwicklung einzelner rechtlicher Grundlagen im Kinderschutz	580
C.	Eckpunkte und Vorschläge für die effektive Umsetzung der rechtlichen Grundlagen im Kinderschutz	584
D.	Ergebnis	585
Anhang		589

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XXVII
Abkürzungsverzeichnis.....	LXV
Teil 1: Einführung	1
A. Warum ist Kinderschutz wichtig?.....	1
B. Begriffsbestimmungen	6
I. Kinderschutz.....	6
II. Kindesmisshandlung und Gewalt.....	7
III. Vernachlässigung	9
C. Der Stellenwert von Kindern in unserer Gesellschaft.....	10
I. Der Stellenwert von Kindern in der Vergangenheit	10
II. Der Stellenwert von Kindern in der Gegenwart.....	14
D. Zusammenfassung.....	18
Teil 2: Der Erlass gesetzlicher Schutzmechanismen auf Bundes- und Landesebene	21
A. Die Familie als Garant und Gefahrenquelle für das Kindeswohl	21
B. Die Legislative – Bedrohung oder Schutz für die Familie und deren Mitglieder?	22
C. Die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene	26
I. Historischer Kurzüberblick über den Föderalismus in Deutschland.....	26
II. Funktionen des Föderalismus	28
D. Gesetzgebungskompetenzen.....	29
I. Grundsatz der Gesetzgebungskompetenz der Länder	29
II. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	29
1. Grundsätzliche Ausführungen	29
2. Zuständigkeit des Bundes für den Erlass kinderschützender Normen.....	31
E. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht	35
I. Grundsätzliche Ausführungen.....	35
II. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht auf dem Gebiet kinderschützender Normen	37
F. Zusammenfassung.....	39

Teil 3: Gesetzliche Schutzmechanismen nach dem Grundgesetz ..	43
A. Funktion und rechtlicher Charakter der Grundrechte	43
B. Kinder als Grundrechtsträger	44
C. Für den Kinderschutz relevante Grundrechte	45
I. Die Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	45
II. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	47
1. Schutzbereich	47
2. Grundrechtlicher Charakter des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit	48
3. Grenzen der Verfassungsgesetzgebung	49
a) Durchsetzbarkeit des Schutzanspruches	49
b) Ambivalenz des aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG resultieren- den Schutzpflichtcharakters	53
4. Verhältnis vom Recht auf Leben und körperliche Unver- sehrtheit zur Menschenwürdegarantie	56
III. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	56
1. Schutzbereich	56
2. Grundrechtlicher Charakter des allgemeinen Persönlich- keitsrechts	60
3. Grenzen der Verfassungsgesetzgebung	61
4. Verhältnis vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht zu ande- ren Grundrechten	61
IV. Elternrecht, Elternverantwortung und staatliches Wächter- amt, Art. 6 Abs. 2 GG	62
1. Die elterliche Erziehung, Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	62
2. Das staatliche Wächteramt, Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG	66
3. Grenzen der Verfassungsgesetzgebung	70
a) Durchsetzbarkeit des Schutzanspruches	70
b) Bestimmung des Gefahrenbegriffs	71
c) Ambivalenz des aus Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG resultieren- den Schutzpflichtcharakters	72
d) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	73
D. Die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz	74
I. Gehalt der geforderten Kindergrundrechte	75
II. Argumente für die Aufnahme von Kinderrechten in die Ver- fassung	76
III. Argumente gegen die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung	79
IV. Eigene Stellungnahme	81
E. Zusammenfassung	87

Teil 4: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:

Das Zivilrecht	93
A. Kinderschutz durch materielles Recht	94
I. Grundsätze zum Recht der elterlichen Sorge, § 1626 BGB	94
1. Die Elternschaft	95
2. Das Erziehungsziel	96
3. Für den Kinderschutz relevanter Inhalt und Befugnisse der elterlichen Sorge	98
a) Das Kindeswohl als Maßstab	99
aa) Keine Verfolgung elterlicher Interessen	100
bb) Funktion und Umgang mit unbestimmten Rechts- begriffen am Beispiel des Kindeswohls	101
(1) Funktion unbestimmter Rechtsbegriffe	101
(2) Auslegung des Kindeswohlbegriffs	102
cc) Berücksichtigung des Kindeswillens	105
dd) Vor- und Nachteile im Umgang mit dem Begriff des Kindeswohls	111
(1) Kritik an dem Kindeswohlbegriff	111
(2) Vorzüge des Kindeswohlbegriffs	112
ee) Zusammenfassung	114
b) Ausgestaltung verfassungsrechtlicher Vorgaben durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge (SorgeRG)	115
aa) Terminologie: Abkehr vom Begriff der elterlichen Gewalt, § 1626 Abs. 1 BGB	116
bb) Inhalt: Berücksichtigung wachsender Fähigkeiten des Kindes, § 1626 Abs. 2 BGB	117
c) Weiterentwicklung durch das Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (KindRG)	120
aa) Terminologie: Einführung des Elternbegriffs, § 1626 Abs. 1 BGB	120
bb) Inhalt: Gleichstellung nichtehelicher Kinder und gemeinsame elterliche Sorge, § 1626 Abs. 3, §§ 1626a ff., 1671 BGB	121
cc) Probleme des gesetzgeberischen Konzepts der Ge- meinsamkeit elterlicher Sorge	124
4. Zusammenfassung	133
II. Die Unzulässigkeit entwürdigender Maßnahmen und das Recht auf gewaltfreie Erziehung, § 1631 Abs. 2 BGB	135
1. Das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge (SorgeRG)	135
a) Einführung des § 1631 Abs. 2 BGB	135
b) Vorzüge und Kritikpunkte der gesetzlichen Neurege- lung nach dem SorgeRG	136

aa)	Unbestimmtheit	136
bb)	Leitnormcharakter und Verfassungsmäßigkeit des § 1631 Abs. 2 BGB	138
cc)	Kein Gewaltverbot.....	140
2.	Das Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (KindRG) ..	142
3.	Das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung	144
a)	Einführung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung.....	144
b)	Vorzüge und Kritikpunkte der gesetzlichen Neuregelung nach dem Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung	146
aa)	Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG.....	146
bb)	Bezug zum SGB VIII und befürchtete Kriminalisierung der Familie	147
cc)	Was ist denn überhaupt noch erlaubt?.....	153
dd)	Kein Rechtsanspruch und keine Erzwingbarkeit ...	154
ee)	Das Gewaltverbot: Nur ein <i>law in the books</i> oder tatsächliche Effektivierung des Kinderschutzes?	157
4.	Zusammenfassung	160
III.	Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, § 1666 BGB	162
1.	Normzweck und Systematik des § 1666 BGB	163
2.	Der Tatbestand des § 1666 BGB	163
a)	Kindeswohlgefährdung	164
b)	Unwilligkeit und Unfähigkeit der Eltern zur Gefahrenabwehr	166
c)	Kein Kausalitätserfordernis.....	167
3.	Effektivierung des Kinderschutzes durch die Veränderungen der Eingriffstatbestände des § 1666 BGB?.....	169
a)	Vom leiblichen Wohl zum körperlichen Wohl des Kindes	169
b)	Ergänzung des Tatbestandes um die Gefährdung des seelischen Wohls	169
c)	Einbeziehung von gefährdendem Verhalten Dritter.....	170
d)	Abbau von „Tatbestandshürden“	171
aa)	Unsittlicher und ehrloser Lebenswandel der Eltern .	171
bb)	Verschuldenserfordernis	172
cc)	Elterliches Erziehungsversagen und gefährdendes Verhalten Dritter	175
e)	Motivation des Gesetzgebers für die Streichung von „Tatbestandshürden“	176
f)	Rechtliche und tatsächliche Würdigung anhand einzelner Beispiele	176
aa)	Benjamin-Pascal: verhungert (2005)	177

bb) Kevin: schwer misshandelt und gestorben (2006) ..	178
cc) Säugling aus Bonn: Rückführung in die Familie trotz Anzeichen von Misshandlung (2008)	181
dd) Schlussfolgerungen	182
g) Verbesserungsvorschläge und Fazit	185
h) Zusammenfassung	192
4. Die Rechtsfolgen des § 1666 BGB	193
a) Terminologische Entwicklung	194
b) Der Maßnahmenkatalog nach § 1666 Abs. 3 BGB	195
aa) Zweck des Maßnahmenkataloges	196
bb) Die im Katalog enthaltenen Maßnahmen im Ein- zelnen	197
(1) Gebote an die Eltern, § 1666 Abs. 3 Nr. 1, 2 BGB	197
(2) Verbote an die Eltern, § 1666 Abs. 3 Nr. 3, 4 BGB	199
(3) Ersetzung der Erklärung von Sorgerechtsin- habern, § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	199
(4) Entzug der elterlichen Sorge, § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	200
c) Maßnahmen gegen Dritte	202
d) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	202
aa) Allgemeine Ausführungen	202
bb) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach § 1666a BGB	204
5. Effektivierung des Kinderschutzes durch die Veränderungen des § 1666 BGB auf Rechtsfolgenebene?	206
a) Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, § 1666 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 1 BGB	207
b) Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsfür- sorge, § 1666 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 2 BGB	209
c) Einhaltung der Schulpflicht, § 1666 Abs. 3 Nr. 2 BGB	210
d) Rechtsfolgen nach dem Gewaltschutzgesetz (GewSchG), § 1666 Abs. 3 Nr. 3, 4 BGB	214
aa) Anwendungsbereich des GewSchG	214
bb) Berücksichtigung von Partnerschaftsgewalt und Kindeswohl durch Änderung des § 1361b BGB	217
cc) Berücksichtigung von Partnerschaftsgewalt und Kindeswohl durch Änderung des § 1666a BGB	219
dd) Fazit	220
e) Ersetzung von Erklärungen des Sorgerechtsinhabers, § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	223

f) Entzug der elterlichen Sorge, § 1666 Abs. 3	
Nr. 6 BGB	224
g) Fazit	224
B. Die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls	226
I. Vorüberlegungen	226
1. Zentrum des Untersuchungsansatzes	226
2. Ziel der Untersuchung	226
3. Hindernisse und Probleme	226
II. Ergebnisse der Untersuchung	227
1. Tenor der Entscheidungen	228
a) Eilverfahren	228
b) Hauptsacheverfahren	229
2. Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts	229
a) Eilverfahren	229
b) Hauptsacheverfahren	232
aa) Prüfung der Kindeswohlgefährdung	232
bb) Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Bedeutung des Elternrechts und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	236
cc) Hilfeangebote	238
dd) Verfahrensdurchführung	242
III. Fazit	244
C. Zusammenfassung	247

Teil 5: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:

Das Verfahrensrecht	253
A. Rechtsstellung der Kinder nach dem FamFG	254
I. Beteiligtenstellung von Kindern, § 7 FamFG	254
II. Verfahrensfähigkeit von Kindern, § 9 FamFG	255
III. Antrags- und Beschwerderecht, §§ 59, 60 FamFG	256
IV. Vorzüge und Nachteile der Regelungen zur Rechtsstellung der Kinder nach dem FamFG	257
1. Beteiligtenfähigkeit	257
2. Verfahrensfähigkeit und Beschwerderecht	258
3. Fazit	260
B. Verfahren in Kindschaftssachen, §§ 151 ff. FamFG	260
I. Vorrang- und Beschleunigungsgebot, § 155 FamFG	261
1. Regelungsgegenstand	262
2. Vorzüge und Nachteile des Vorrang- und Beschleunigungsgebotes	264
a) Grundsätzliche Probleme einer schnellen Terminierung	264

b)	Abschließende Aufzählung der vom Vorrang- und Beschleunigungsgebot betroffenen Verfahren	266
c)	Partizipation betroffener Kinder am Termin.....	267
d)	Fehlende Verpflichtung für Jugendämter	268
3.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch das Vorrang- und Beschleunigungsgebot	269
a)	Recht auf ein zügiges Verfahren nach dem Grundgesetz..	270
b)	Recht auf ein zügiges Verfahren nach der EMRK	271
c)	Möglichkeiten und Sanktionen bei Verstoß gegen das Vorrang- und Beschleunigungsgebot.....	272
d)	Fazit	275
II.	Persönliche Anhörung des Kindes, §§ 156, 159 FamFG.....	277
1.	Anhörung des Kindes nach § 156 FamFG	278
2.	Anhörung des Kindes nach § 159 FamFG	278
3.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes.	278
III.	Erörterung der Kindeswohlgefährdung, § 157 FamFG	283
1.	Regelungsgegenstand	283
2.	Vorzüge und Nachteile der Erörterung der Kindeswohlgefährdung nach § 157 FamFG	284
a)	Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	284
b)	Keine zwingende Teilnahme von Kindern am Termin...	284
c)	Persönliche Erörterung mit dem Kind	285
d)	Ladung des Jugendamtes.....	285
e)	Praktische Probleme bei der Durchführung des Erörterungsgesprächs durch das Gericht	287
3.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes..	289
a)	Erörterungsgespräch mit den Eltern.....	289
b)	Erörterungsgespräch mit dem Kind	291
c)	Prüfung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung, § 157 Abs. 3 FamFG	292
IV.	Der Verfahrensbeistand, § 158 FamFG.....	293
1.	Die Tätigkeit des Verfahrensbeistandes.....	293
2.	Bedeutung des Verfahrensbeistandes für das Kind und sein Wohl	294
3.	Rechtliche und tatsächliche Würdigung der Regelungen zur Rechtsfigur des Verfahrensbeistandes	295
a)	Keine Bestellung auf Antrag des Kindes	295
b)	Zwingende Bestellung des Verfahrensbeistandes	296
c)	Persönliche und fachliche Anforderungen an den Verfahrensbeistand	297
aa)	Eignung nach den Standards der BAG	299
bb)	Qualitätssicherung durch Zusatzqualifikationen und Verpflichtung zu turnusmäßiger Fortbildung..	300

cc)	Regelmäßige Vorlage eines (erweiterten) Führungszeugnisses	301
dd)	Hilfestellung und Praxisausbildung für neue Verfahrensbeistände	302
d)	Gesetzliche Normierung der Tätigkeiten des Verfahrensbeistandes	303
e)	Klärung weiterer Streitfragen durch § 158 FamFG	305
aa)	Keine isolierte Anfechtbarkeit der Bestellung, § 158 Abs. 3 S. 4 FamFG	305
bb)	Kein gesetzlicher Vertreter des Kindes, § 158 Abs. 4 S. 6 FamFG	305
cc)	Zeitpunkt der Bestellung, § 158 Abs. 3 S. 1 FamFG	306
4.	Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch den Verfahrensbeistand	307
V.	Mitwirkung des Jugendamtes, § 162 FamFG	311
1.	Anhörung des Jugendamtes	311
2.	Beteiligtenstellung des Jugendamtes	312
3.	Rechtliche Würdigung und tatsächliche Auswirkungen für die Praxis	313
a)	Verfahren wegen Kindeswohlgefährdung	314
aa)	Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens und Anhörung des Jugendamtes	315
bb)	Akteneinsichtsrecht	316
cc)	Bekanntgabe von Dokumenten	317
dd)	Mündliche Erörterung und Antragsrecht	317
ee)	Rechtsmittel	319
b)	Verfahren auf Antrag eines Elternteils oder eines Dritten	320
aa)	Umfang der Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens und Akteneinsicht	320
bb)	Mündliche Erörterung	322
cc)	Rechtsmittel	322
c)	Bedeutung der Beteiligtenstellung für die Kostenentscheidung	323
d)	Bedeutung der Beteiligtenstellung für die Verfahrensdauer	324
4.	Fazit	325
VI.	Bekanntgabe der Entscheidung an das Kind, § 164 FamFG	327
C.	Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	327
I.	Ordnungsmittel, § 33 Abs. 3 FamFG	328
II.	Vollstreckung verfahrensleitender Anordnungen, § 35 FamFG	328
III.	Vollstreckung von Endentscheidungen, §§ 86 ff. FamFG	329

IV. Mitwirkungspflicht des Jugendamtes, § 88 Abs. 2 FamFG.....	332
D. Zusammenfassung.....	332

Teil 6: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Bundesebene:

Das Sozialrecht	337
A. Allgemeines zum Sozialrecht.....	337
I. Das Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil	339
II. Das Sozialgesetzbuch (SGB) Zehntes Buch (X) – Sozialverwal- tungsverfahren und Sozialdatenschutz	339
B. Die Konzeption des Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe	340
I. Geschichtliche Entwicklung.....	340
II. Wesentliche Merkmale des Kinder- und Jugendhilferechts.....	342
1. Die programmatische Leitlinie, § 1 SGB VIII.....	342
2. Leistungen und Aufgaben der Jugendhilfe nach dem SGB VIII.....	343
3. Verhältnis zu anderen Büchern des SGB	346
C. Positive und negative Effekte aufgrund der Konzeption des SGB VIII	347
I. Programmsätze	347
II. Sozialpädagogischer Charakter des SGB VIII.....	349
III. Bereitstellung von Angeboten als präventive Schutzvor- kehrungen.....	352
1. Erfordernis der Antragstellung und Recht zur Selbstbe- schaffung.....	352
a) Antragserfordernis im Recht der Kinder- und Jugend- hilfe	353
b) Selbstbeschaffungsrecht des Leistungsberechtigten.....	355
c) Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinder- schutzes	359
aa) Antragserfordernis	359
bb) Selbstbeschaffung.....	361
2. Wahrnehmung von „Angeboten“ der Jugendhilfe in der Bevölkerung	363
IV. Leistungsverwaltung	365
1. Motivationsarbeit der Jugendhilfe	365
2. Akzeptanz durch Öffentlichkeitsarbeit	367
3. Kapazitäten und Finanzierung der Leistungsverwaltung ...	370
a) Verwaltungskompetenz und Organisationshoheit.....	372
aa) Grundsätzliche Ausführungen.....	372

bb) Verwaltungskompetenz und Organisationshoheit im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechts	374
(1) Einrichtung der Behörden.....	374
(2) Verfahren der Verwaltung	376
cc) Zuständigkeit der Gemeinden innerhalb der Länder.....	377
b) Finanzhoheit	379
aa) Auswirkung auf die Haushaltssituation der Kommunen.....	379
bb) Finanzielle Unterstützung durch den Bund – aber wie?.....	381
(1) Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für die Beteiligung des Bundes an der Finanzierungslast der Jugendhilfe	382
(a) Grundsatz der Verteilung der Finanzierungslast, Art. 104a Abs. 1 GG.....	382
(b) Bund-Länder-Finanzausgleich, Art. 107 GG	384
(c) Finanzhilfen des Bundes, Art. 104b GG ...	385
(d) Zwischenfazit	387
(2) Finanzierungsmöglichkeit des Bundes nach einfachem Recht	388
(3) Rechts- und finanzpolitische Aspekte.....	391
c) Zusammenfassung und Änderungsvorschläge.....	392
aa) Beteiligung der Kommunen an der Staatsgewalt ...	393
bb) Ausbau von Finanzhilfen des Bundes und Erweiterung des Finanzausgleichs	394
cc) Änderung des Art. 104a GG	394
(1) Festlegung der Jugendhilfe als Bundesauftragsverwaltung	394
(2) Gesetzgebungskompetenz als Anknüpfungspunkt an die Finanzierungspflicht	394
(3) Festlegung der finanziellen Beteiligung des Bundes.....	395
dd) Übertragung von Finanzmitteln auf die Länder ...	396
ee) Fazit	397
V. Zusammenfassung.....	399
D. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung, § 8a SGB VIII	402
I. Systematische Stellung	402
II. Regelungsgegenstand.....	403
1. Abschätzung des Gefährdungsrisikos, § 8a Abs. 1 SGB VIII	403

2. Einbeziehung freier Träger der Jugendhilfe, § 8a Abs. 2 SGB VIII.....	404
3. Verpflichtung zur Anrufung des Gerichts, § 8a Abs. 3 SGB VIII.....	406
4. Einschaltung anderer Institutionen, § 8a Abs. 4 SGB VIII.....	407
III. Umsetzungsschwierigkeiten bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII.....	407
1. Die unbestimmten Rechtsbegriffe des § 8a SGB VIII und deren Behandlung im Sozialrecht.....	408
a) Kindeswohlgefährdung	408
b) Gewichtige Anhaltspunkte	409
c) Erforderlichkeit des Tätigwerdens des Familienge- richts	410
d) Gerichtliche Überprüfbarkeit der Auslegung der unbe- stimmten Rechtsbegriffe des § 8a SGB VIII.....	411
e) Fazit	413
2. Vereinbarungen mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen...	414
a) Vereinbarungen oder gesetzliche Dienstanweisung?	414
b) Wahrnehmung des Schutzauftrages in entsprechender Weise.....	414
c) Zeitpunkt der Hinzuziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft.....	415
IV. Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch die Einführung des § 8a SGB VIII.....	416
1. Ausgangssituation und Motivation des Gesetzgebers für die Einführung des § 8a SGB VIII.....	417
2. Regelung des Verfahrens der Risikoabschätzung.....	419
3. Wahrnehmung des Schutzauftrages durch freie Träger.....	422
4. Kosten.....	423
5. Fazit	424
V. Weiterentwicklung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII..	425
1. Verpflichtender Hausbesuch	426
a) Bedeutung des Hausbesuchs für wirksamen Kinder- schutz	427
b) Umsetzungsschwierigkeiten bei (verpflichtenden) Haus- besuchen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht.....	428
aa) Einschränkung fachlichen Entscheidungsspiel- raums.....	428
bb) Gefahr sinkender Kooperationsbereitschaft.....	430
cc) Vereinbarkeit von Hausbesuchen mit Art. 13 Abs. 1 GG	431

dd) Datenschutz	432
(1) Verfassungsrechtlich gewährleisteter Daten- schutz	432
(2) Datenschutz im Sozialrecht	433
(3) Datenschutz im Strafrecht	436
(4) Bedeutung des Datenschutzes für den Haus- besuch	437
ee) Praktikabilität	438
c) Fazit	439
2. Verbesserte Zusammenarbeit mehrerer Fachkräfte versus Schweigepflicht	441
a) Grundlegende Problematik der Schweigepflicht für wirksamen Kinderschutz	441
b) Änderungsvorschlag nach dem KiSchG-E (2009)	442
c) Änderungsvorschlag nach dem 3. SGB VIII ÄndG-E (2009)	443
d) Änderung nach dem BKiSchG (2011)	444
e) Rechtliche und tatsächliche Würdigung der Änderung	445
3. Evaluation	448
VI. Zusammenfassung	449
E. Intervention durch Jugendhilfemaßnahmen, § 42 SGB VIII	452
I. Begriffsbestimmung der Inobhutnahme	453
II. Selbstmeldung des Minderjährigen	455
III. Zuführung des Minderjährigen	457
IV. Umsetzungsschwierigkeiten im Rahmen der Krisen- intervention	459
1. Benachrichtigung einer Vertrauensperson durch den Min- derjährigen	459
2. Benachrichtigung der Personensorge- oder Erziehungsbe- rechtigten	461
3. Vorgehensweise des Jugendamtes bei Widerspruch der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten	463
4. Weg- bzw. Herausnahme des Minderjährigen	465
5. Der Begriff der Vorläufigkeit und Ende der Kriseninter- vention	467
6. Kompetenz freier Träger der Jugendhilfe bei Interven- tionsmaßnahmen	472
V. Das Verhältnis von Polizei und Jugendhilfe im Rahmen der Krisenintervention	475
VI. Zusammenfassung	478
F. Persönliche Eignung von Fachkräften, §§ 72, 72a SGB VIII	481
I. Regelungsgegenstand	481

1. Formale Anforderungen	481
2. Inhaltliche Anforderungen	482
II. Mit § 72a SGB VIII verbundene Umsetzungsschwierigkeiten	482
1. Verpflichteter Personenkreis	482
2. Sicherstellungsvereinbarungen mit freien Trägern	484
3. Vorlage von Führungszeugnissen in regelmäßigen Abständen	485
4. Kosten	487
III. Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes durch Einführung des § 72a SGB VIII	489
IV. Weiterentwicklung der Voraussetzungen für die persönliche Eignung nach § 72a SGB VIII	490
1. Änderungsvorschlag nach dem KiSchG-E (2009)	490
2. Änderungsvorschlag nach dem 3. SGB VIII ÄndG-E (2009)	492
3. Änderung nach dem BKiSchG (2011)	492
4. Rechtliche und tatsächliche Würdigung der Änderung	493
V. Zusammenfassung	496
G. Letztentscheidungskompetenz der Judikative und Informationspflicht des Jugendamtes	498
I. Unterstützung des Gerichts durch das Jugendamt, § 50 Abs. 1 S. 1 SGB VIII	499
II. Mitwirkung des Jugendamtes im gerichtlichen Verfahren, § 50 Abs. 1 S. 2 SGB VIII	499
III. Unterrichtungspflicht des Jugendamtes, § 50 Abs. 2 SGB VIII	501
IV. Grundsätzliche Probleme bei der Mitwirkung des Jugendamtes	501
V. Bedeutung der sozialpädagogischen Arbeit für den Entscheidungsfindungsprozess	503
1. Eigenständigkeit des Jugendamtes	503
a) Keine Weisungsbefugnis des Gerichts	504
b) Möglichkeit der Zeugenvernehmung und Datenschutz	504
c) Möglichkeit der gerichtlichen Anordnung von Leistungen der Jugendhilfe	507
2. „Freiwillige“ Koordination, Kooperation und Vernetzung von Jugendamt und Justiz	510
3. Qualität der Berichte des Jugendamtes	511
VI. Zusammenfassung	514
H. Zusammenfassung	515

Teil 7: Einfachgesetzliche Schutzmechanismen auf Landes-	
ebene	521
A. Gesundheitswesen	522
I. Hintergrund und Gesetzgebungskompetenz für Früherken-	
nungsuntersuchungen	523
II. Ziel des verbindlichen Einladungswesens zu Früherkennungs-	
untersuchungen	525
III. Ablauf des verbindlichen Einladungswesens zu Früherken-	
nungsuntersuchungen	525
IV. Meldewesen	526
V. Unterschiede und Besonderheiten in einzelnen Landesge-	
setzen	529
1. Früherkennungsuntersuchungen	529
2. Konsequenzen der Nichtteilnahme an Früherkennungs-	
untersuchungen	531
3. Qualitative Gesetzgebung zu Kinderschutz und Kinderge-	
sundheit	532
a) Rheinland-Pfalz	532
b) Schleswig-Holstein	533
c) Sachsen-Anhalt	534
d) Gesetzgebungsaktivitäten anderer Länder	534
VI. Auswirkungen der Regelungen im Bereich des Gesundheits-	
wesens auf den Kinderschutz	535
VII. Sondersituation in Hessen: Früherkennungsuntersuchungen	
auf behandelbare Stoffwechsel- und Hormonerkrankungen,	
§ 1 Abs. 2 KiGesSchG HE	546
1. Ablauf des Neugeborenen-Screenings	547
2. Vorteile des Neugeborenen-Screenings	547
3. Nachteile des Neugeborenen-Screenings und Umsetzungs-	
probleme	548
a) Freiwilligkeit der Untersuchung	548
b) Erforderlichkeit und Nutzen der Untersuchung	549
c) Verfassungsmäßigkeit der Untersuchung und Verein-	
barkeit mit dem Datenschutz	550
d) Evaluation	551
4. Fazit	552
B. Schulwesen	553
I. Verfassungsrechtliche Grundlage, Art. 7 GG	553
II. Kooperation mit der Jugendhilfe und Schutzauftrag nach den	
Schulgesetzen der Länder	553
III. Auswirkungen der Regelungen im Bereich des Schulwesens	
auf den Kinderschutz	558
IV. Vorgehen bei Nichteinhaltung der Schulpflicht	563

1. Das Nürnberger Modell: Bereich 1	564
2. Das Nürnberger Modell: Bereich 2	564
3. Schulzwang und Schulregister nach den Schulgesetzen der Länder	564
4. Auswirkungen auf die Effektivierung des Kinderschutzes..	567
C. Zusammenfassung.....	570
Teil 8: Schlussbetrachtungen	573
A. Entwicklung der Rechtslage im Hinblick auf die Effektivierung des Kinderschutzes.....	574
I. Verfassungsrecht	574
II. Zivilrecht	574
1. Materielles Recht.....	575
2. Verfahrensrecht.....	576
III. Sozialrecht.....	577
IV. Landesrecht	579
B. Ausblick: Notwendigkeit und Vorschläge zur Weiterentwicklung einzelner rechtlicher Grundlagen im Kinderschutz.....	580
C. Eckpunkte und Vorschläge für die effektive Umsetzung der recht- lichen Grundlagen im Kinderschutz	584
D. Ergebnis.....	585
Anhang	589
I. Kinderrechte in den Landesverfassungen der Länder	589
II. Bedürfnispyramide nach A. H. Maslow (1908-1970).....	591
III. Synoptische Darstellung der §§ 1626, 1631, 1666, 1666a BGB	592
1. Hinweise zur Anwendung der synoptischen Darstellung der §§ 1626, 1631, 1666, 1666a BGB	592
2. § 1626 Elterliche Sorge, Grundsätze.....	592
3. § 1631 Inhalt und Grenzen der Personensorge.....	593
4. § 1666 Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls.....	595
5. § 1666a Grundsatz der Verhältnismäßigkeit; Vorrang öffentlicher Hilfen	598
IV. Rechtsprechungsübersicht zu Teil 4 B.	600
V. Auszug aus BGBl. I 2011 vom 28. Dezember 2011, S. 2975 ff.	602
VI. Übersicht der Landesvorschriften zu Früherkennungsunter- suchungen.....	610
VII. Übersicht über die unterschiedlichen Regelungen in den Landesschulgesetzen.....	612